

## LEITARTIKEL

Liberalisierung des Handels

**Frei, aber mit Regeln**

CHRISTIAN MIHATSCH

Der Doha-Runde nachzutruern bringt nichts. Ökonomen sind sich zwar weitgehend einig, dass eine multilaterale Liberalisierung des Handels für alle Länder enorme Vorteile bringen würde. Doch Handelsverträge werden nicht von Wirtschaftspraktikern, sondern von Politikern ausgehandelt. Und Letztere können sich derzeit nicht einigen, sondern halten sich an ein Diktum des deutschen Reichskanzlers Otto von Bismarck: „Politik ist die Kunst des Möglichen.“

Möglich erscheint derzeit unter anderem ein bilaterales Abkommen zwischen der EU und den USA. Außerdem scheinen mit der Wahl von Shinzo Abe zum japanischen Premierminister die strukturellen Veränderungen durchsetzbar, die durch einen Beitritt zur Transpazifischen Partnerschaft TPP erforderlich werden. So dürfte die internationale Handelspolitik der nächsten zwei, drei Jahre durch die Verhandlungen dieser mega-regionalen Abkommen dominiert werden. Hinzu kommen sektorspezifische Abkommen, etwa über Dienstleistungen, die von einer kleinen Gruppe von Ländern vereinbart werden.

Diese Entwicklung birgt zwei Gefahren: Zum einen könnte die Autorität der Welthandelsorganisation WTO darunter so sehr leiden, dass immer mehr Länder auch deren Schiedsgerichtsbarkeit in Handelsstreitigkeiten in Frage stellen. Dort aber kann auch ein Kleinstaat gegen eine Supermacht sein Recht durchsetzen. Zum anderen besteht die Gefahr, dass sich ein System des „managed trade“, also des staatlich organisierten Handels, zwischen großen Wirtschaftsböcken herausbildet. So könnten die Mitglieder der transatlantischen und transpazifischen Freihandelszonen versucht sein, China auszugrenzen.

Doch diese beiden Gefahren lassen sich vermeiden, solange die Länder am Ideal des freien Welthandels festhalten, auch wenn derzeit auf multilateraler Ebene keine weitere Liberalisierung möglich ist. Dazu ist es wichtig, dass die

mega-regionalen Abmachungen auch neuen Mitgliedern offenstehen. So könnte die Transatlantische Handels- und Investitionspartnerschaft TTIP etwa in einem zweiten Schritt auf die ganze Nordamerikanische Freihandelszone Nafta ausgedehnt werden und auch Kanada und Mexiko umfassen. Diesseits des Atlantiks könnte die TTIP auf die Türkei sowie auf die Mitglieder des Europäischen Wirtschaftsraums EWR, die am EU-Binnenmarkt teilnehmen, ausgeweitet werden. So könnte nach und nach eine immer größere Freihandelszone entstehen, die für die großen Schwellenländer derart attraktiv ist, dass sie nicht länger abseitsstehen wollen oder können.

Durch sektorspezifische oder mega-regionale Abkommen werden Standards geschaffen, denen sich nach und nach die meisten WTO-Mitglieder anschließen. Das Ergebnis: freier, aber regelbasierter Handel zwischen (fast) allen Ländern der Welt. Trotzdem gibt es aber einen wesentlichen Unterschied zwischen der Doha- und der

Post-Doha-Zeit: wer die Regeln macht. Wenn die Regeln vom Westen gemacht werden, dann wird den großen Schwellenländern kaum etwas anderes übrig bleiben, als diese zu übernehmen. Im Rahmen der mega-regionalen Abkommen indes können etwa Vorschriften für Staatsbetriebe oder Umwelt- und Sozialstandards festgeschrieben werden über welche die Schwellenländer nicht verhandeln wollen.

Kurz: Mega-regionale Abkommen können auf moderne und demokratische Volkswirtschaften zugeschnitten werden, mit einer großen Dienstleistungs-komponente und einem starken Schutz von geistigem Eigentum. Das ist nicht sonderlich selbstlos, aber für die Entwicklung des Welthandels wohl der richtige Weg. Denn langfristig wollen ja auch die großen Schwellenländer den westlichen Entwicklungsstand erreichen. Und spätestens dann brauchen sie diese Regeln dann ohnehin.

**Mega-regionale Abkommen sind die Zukunft des Welthandels**



... könnte es sein, dass wir hier in einem Glashaus sind?

ZEICHNUNG: HAITZINGER

## Ein Lügengebäude?

Vor der WM in Moskau steht fest, dass Doping auch in der Leichtathletik eine lange Tradition hat

VON UNSEREM REDAKTEUR  
GEORG GULDE

Die Einsatzwagen fahren auf die Parkplätze mehrerer Hotels vor, Polizisten stürmen die Zimmer, beschlagnahmen medizinische Geräte sowie Medikamente – und führen gegen Ende der Razzia zahlreiche Verdächtige ab. So oder so ähnlich ist es bei Sport-Großereignissen schon zugegangen, zum Beispiel bei der Tour de France 1998 und den Olympischen Winterspielen 2006 in Turin. Dasselbe könnte nun bei der Leichtathletik-WM geschehen.

Die WM findet vom 10. bis 18. August in Moskau statt. Es sind Titelkämpfe, in denen eine Sportart – zu Recht – unter Generalverdacht steht nach den jüngsten positiven Dopingproben der Sprintstars Tyson Gay (USA) und Asafa Powell (Jamaika) sowie vier anderen Athleten von der Karibikinsel. Es spricht viel dafür, dass die Leichtathletik ein ähnliches Lügengebäude errichtet hat wie der Radsport, in dem

ja erst vor einigen Wochen 30 Profis aufgrund von Nachkontrollen des Dopings überführt wurden oder als des Dopings verdächtig bezeichnet wurden – 15 Jahre nach der legendären Doping-Tour von 1998.

Razzien und Szenarien wie eingangs geschildert, wird es bei der diesjährigen Leichtathletik-WM allerdings nicht geben. Dafür gibt es mindestens drei Gründe: 1. Nach den Dopingbefunden von Tyson Gay, Asafa Powell und Co. sind die Athleten samt ihres Umfelds aus Betreuern und Medizinern bestimmt sensibilisiert. 2. Russland unter der Knute des sportbegeisterten Wladimir Putin mag ein politischer Riese sein, ist aber in Sachen Doping-Bekämpfung einer der größten Zwerge, die es gibt. Und selbst das ist noch übertrieben. Denn Doping-Bekämpfung setzt voraus, es zu wollen. Und das können selbst viele Experten in Russland nicht. 3. Die Funktionäre des Leichtathletik-Weltverbandes (IAAF) als auch Gastgeber Russland wollen mittels der WM Propaganda und Werbung machen – die

IAAF für die „Schönheit der Sportart“, die Russen für sich selbst, schließlich sind sie bald Gastgeber noch größerer Sportevents (Olympische Winterspiele im Februar 2014, Fußball-Weltmeisterschaft 2018).

Zuschauer, die sich die Leichtathletik-WM in Moskau anschauen wollen, dürfen sich natürlich begeistern. Sie sollten sich aber vergegenwärtigen, dass es – wie bei der Tour de France – manchmal 15 Jahre braucht, um Lügner als solche zu überführen. Und sie sollten ruhig einmal skeptisch sein, wenn zum Beispiel Weltstar Usain Bolt die Sprint-Konkurrenz mal wieder um Zehntel statt um Hundertstel Sekunden hinter sich lässt; wenn sich russische und auch türkische Mittel- und Langstrecklerinnen in der Zeit vor der WM bei den Sportfesten nicht blicken lassen, aber bei den Welttitelkämpfen die Hauptkonkurrenz aus Afrika in Grund und Boden laufen; wenn kräftige deutsche Werfer Medaillen holen und damit die Bilanz des Deutschen Leichtathletik-Verbandes (DLV) aufhellen.

## Machtkampf in Tschechien

Nachdem Übergangspräsident Jiri Rusnok eine Vertrauensabstimmung verloren hat, könnte es nun eine Neuwahl geben

VON UNSEREM KORRESPONDENTEN  
ULRICH KRÖKEL

Wenn es kritisch wird in der tschechischen Politik, steigt der Präsident von seinem Amtssitz auf der Prager Burg hinab und beehrt das Parlament. So war es stets seit der Republikgründung am Ende des Kalten Krieges. Und so war es auch an diesem Mittwoch. Staatschef Milos Zeman hielt unter Fanfarenklang Einzug im Abgeordnetenhaus und sagte: „Ich habe dem Wort von Menschen vertraut, die ich für anständig hielt.“ Leider sei er getäuscht worden. Was folgte, war eine hitzige Debatte bis in die Nachtstunden hinein. Am Donnerstag leckten die Beteiligten ihre Wunden. Ergebnis: In der nächsten Woche will das Parlament über seine Selbstauflösung entscheiden.

Dass es zu Neuwahlen kommt, ist gut möglich, aber noch nicht sicher. Der Frontverlauf ist unübersichtlich. Links steht gegen rechts, Präsident gegen Parlament. Unstrittig ist nur: Am späten Mittwochabend haben die Abgeordneten dem von Zeman ernannten Übergangspräsidenten Jiri Rusnok und seinem Expertenkabinett mit 100 zu 93 Stimmen das Vertrauen entzogen. Damit ist nun laut Verfassung wieder der Präsident am Zug. Er kann den 52-jährigen Finanzfachmann Rusnok ein zweites Mal nominieren oder stattdessen

einen anderen Kandidaten vorschlagen, etwa die populäre Parlamentspräsidentin Miroslava Némecová. Er kann es aber auch lassen und niemanden vorschlagen. Und Zeman will es zunächst einmal lassen, wie er in seiner Rede ankündigte: „Selbst wenn man mich auf das Rad binden und foltern sollte.“ Sein Vertrauter Rusnok ließ zwar wissen, er werde schnellstmöglich seinen Rücktritt einreichen. Doch Zeman dürfte das Show-Gesuch ablehnen. Rusnok und seine Expertenriege würden auf diese Weise geschäftsführend im Amt bleiben. Einen Ausweg böte allein eine Neuwahl. Dagegen haben sich bislang die bürgerlichen Fraktionen gewehrt, die aktuell eine Mehrheit haben, in den Umfragen aber schlecht dastehen.

Regulär wird erst in einem Jahr gewählt. Nach dem Debattendrama vom Mittwoch ist allerdings Bewegung in diese Frage gekommen. Konservative Abgeordnete liebäugelten am Donnerstag demonstrativ mit einer vorgezogenen Abstimmung, über die nun schnell abgestimmt werden soll. Es ist ein Hieb auf den Gordischen Knoten; ob es gelingt, ihn zu durchschlagen, muss sich noch erweisen. Auf der Parlamentsbühne wird ein Schauspiel geboten, während hinter den Kulissen ein Machtkampf tobt. Zeman hat dabei den Vorteil, Autor, Regisseur und Hauptdarsteller des Dramas in einer Person zu sein.

Das Drehbuch schreibt er mit den Buchstaben des Gesetzes: Dabei erlaubt die Verfassung dem Präsidenten, durch Nichtnominierung Schützling Rusnok im Amt zu halten.

Bereits nach seiner Wahl im vergangenen Winter hatte Zeman angekündigt, sich auf der Prager Burg nicht auf Repräsentieren beschränken zu wollen. Der trinkfreudige Populist beruft sich auf ein „Mandat des Volkes“. Der 68-Jährige ist der erste Präsident Tschechiens, den die Bürger direkt gewählt haben. „Ich werde mich deshalb aktiv in die Politik einmischen“, erklärte Zeman noch vor seinem Amtsantritt.

**Zeman beschränkt sich nicht aufs Repräsentieren**

Im Juni, als der konservative Premier Petr Necas wegen einer Korruptionsaffäre zurücktreten musste, ergriff Zeman die Gelegenheit beim Schopf. Die rechte Regierungspartei ODS und ihre bürgerlich-liberalen Koalitionspartner Top09 und Lidem schlugen Frontfrau der konservativen Partei ODS, Némecová, als Nachfolgerin vor. Zeman weigerte sich, die Parlamentspräsidentin zur Premierministerin zu befördern. Stattdessen hievte er seinen

Zögling Rusnok ins Amt, über den er direkten Zugriff auf die Regierungspolitik hat.

Rusnoks Möglichkeiten, das Land zu führen, sind ohne Parlamentsmehrheit begrenzt. Zeman dürfte deshalb nichts gegen eine Neuwahl einzuwenden haben. Bereits im Wahlkampf hatte er ein politisches Konzept skizziert, das er verwirklichen will: „Ich habe für Tschechien die Vision eines Wohlfahrtsstaats nach skandinavischem Vorbild mit relativ hohen Steuern und einem starken Gesundheits- und Bildungssystem.“

Diesen Politikentwurf kann der Mann, der sich als bekennender Linker bezeichnet, mit den Bürgerlichen allein nicht durchsetzen. Er braucht dazu die Kommunisten und die sozialdemokratische CSSD, die einmal Zemans politische Heimat war. Später zerstritt er sich aber mit der CSSD und gründete eine eigene, wenig erfolgreiche linke Partei. Einige CSSD-Abgeordnete haben das noch nicht vergessen.

Die Selbstauflösung des Parlaments wäre ein Teilsieg Zemans. Doch er könnte die Rechnung ohne das Volk gemacht haben. Die ODS ist zwar nach den Negativschlagzeilen um Premier Necas für viele Tschechen derzeit nicht wählbar. Doch ob die linken Parteien davon am Ende profitieren, dass ihr Präsident das Land in Geiselschaft nimmt, ist nicht ausgemacht.

## PRESSESTIMMEN

### Verdruckstes Schweigen

Die „Lübecker Nachrichten“ meinen zu den Vorwürfen an Steinmeier und der NSA-Affäre: „Das zumeist verdruckste Schweigen von Steinmeier im Fall der NSA-Lauscha-Angriffe in Deutschland zeigt ganz nebenbei auch, warum die SPD einfach nicht aus ihrem Zwanzig-Prozent-Loch in den Umfragen krabbeln kann: Die Partei kann weder genau erklären, was sie ab September im Fall eines Wahlsiegs grundsätzlich anders machen will – noch was sie vor dem Ausscheiden aus der Regierung vor allem bis 2005, als sie den Kanzler stellte, grundsätzlich anders gemacht hat.“

### Es wird frostig

Die Zeitung „Kommersant“ (Moskau) zur Absage Obamas an Putin: „Dabei geht es ihm (Obama) nicht nur um Edward Snowden – vielmehr rechnet Barack Obama (...) nicht mehr mit einem Durchbruch in wichtigen Fragen wie Abrüstung und Raketenabwehr. Mit ihrem Drängen auf schnelle Lösungen haben sich die USA aber selbst in die Enge getrieben. Denn Russland wird nach Obamas brüskierender Absage erst recht nicht zu Kompromissen bereit sein. Es wird frostig in den Beziehungen der beiden Großmächte.“